

BR/GT I/147 d/72

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

- Sekretariat -

Brüssel, den 23. Februar 1972

BR/GT I/147/72

VERMERK

Betrifft: Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe e des Zweiten Vorentwurfs
eines Uebereinkommens über ein europäisches Patenter-
teilungsverfahren; Stand der Arbeit am 26. November 1971

Verfasser: Dänische Delegation

BR/GT I/147 d/72

AUFZEICHNUNG
der dänischen Delegation

zu

Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe e des Zweiten Vorentwurfs
eines Uebereinkommens über ein europäisches
Patenterteilungsverfahren;
Stand der Arbeit am 26. November 1971

Der allgemein gefasste Wortlaut des Artikels hat Zweifel entstehen lassen, ob damit auch die Verwendung neuer Medikamente gemeint ist, die aus bekannten chemischen Verbindungen mit einer unerwarteter Weise festgestellten therapeutischen Wirkung bestehen oder solche enthalten. Dies hat eine Reihe internationaler Organisationen veranlasst, gegen den weitgefassten Wortlaut Einspruch zu erheben und verschiedene Zusätze vorzuschlagen; so die EIRMA in BR/149/72, die UNICE in BR/146/71, die IAPIP in BR/158/72 und, in der mündlichen Erörterung, mehrere andere Organisationen. Bei der Prüfung der Frage durch die Regierungskonferenz wurde die dänische Delegation aufgefordert, ihre Ansichten schriftlich zu äussern und sie der Arbeitsgruppe I für die weitere Prüfung der Frage zur Verfügung zu stellen.

Die dänische Delegation teilt die Auffassung, dass die vorliegende Bestimmung zu weitgefasst ist, wenn sie in dem von den genannten Organisationen angegebenen Sinn zu verstehen ist, und stellt fest, dass in diesem Falle Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe e zwei unterschiedliche Probleme umfasst: einmal die Frage der Behandlung des menschlichen Körpers und zum anderen die Frage der Patentierung von Erfindungen, welche die Verwertung chemischer Verbindungen als pharmazeutische Erzeugnisse zum Gegenstand haben. Unseres Erachtens ist nur die erste dieser zwei Fragen in Artikel 9 Absatz 2 aufzunehmen.

BR/GT I/147 d/72 app/LS/bm

.../...

Artikel 9 Absatz 2 enthält eine nicht erschöpfende Aufzählung von Beispielen intellektueller Neuerungen, die nicht unter den Begriff Erfindung fallen und folglich nicht zum Begriffsbereich des Wortes "Erfindung" in Artikel 9 Absatz 1 gehören. Mit solchen intellektuellen Neuerungen sind normalerweise bestimmte Erfindungen gemeint, bei deren Verwertung auf den menschlichen Organismus eingewirkt wird. Es geht hier um Fälle, in denen die Verwertung der Erfindung als solche den menschlichen oder tierischen Körper beeinflusst und nicht um Erfindungen, bei denen bereits bekannte oder neue Substanzen in Form von Medikamenten, Nahrungsmitteln oder Stimulanzien auf den Organismus einwirken sollen. Die Ausklammerung derartiger Erfindungen aus dem Begriff Erfindung beruht auf ethischen und ähnlichen Ueberlegungen. Insofern gehört die Bestimmung in Artikel 9 Absatz 2; da jedoch allgemein Unsicherheit darüber herrscht, wie weit aus diesen Gründen die Aenderung des Begriffs Erfindung gehen darf, ist es wohl wichtig, der Bestimmung keinen zu weit gefassten Wortlaut zu geben.

Bei der Frage der Patentierbarkeit von Erfindungen, die eine neue Verwendung bekannter chemischer Verbindungen zum Gegenstand haben, geht es nicht um den Begriff Erfindung; die Patentierbarkeit muss hier nach Absatz 1 festgestellt werden, so dass es von der erfinderischen Höhe (nicht naheliegend) und der gewerblichen Anwendbarkeit abhängt, ob die Erfindung patentfähig ist. Es ist wohl nicht anzunehmen, dass Erfindungen dieser Art, die auf anderen Gebieten als Erfindungen anerkannt werden, aus dem Begriff Erfindung ausgeklammert sind, weil sie einem medizinischen Zweck dienen, denn sonst gilt eine therapeutische Wirkung auf jeden Fall als Begründung für Patentierbarkeit. In diesem Zusammenhang sei

darauf hingewiesen, dass bei der Patentierung neuer Medikamente im allgemeinen der medizinische Nutzen für die erfinderische Höhe entscheidend sein wird; die erfinderische Höhe bei der neuen chemischen Verbindung kann als solche nämlich sehr gering sein, weil das Bestehen solcher Verbindungen häufig naheliegend ist.

Aufgrund des oben Gesagten müsste die Regel wohl eingeschränkt werden, so dass sie nur für Verfahren zur physischen Behandlung des menschlichen Körpers usw. gilt. Ein solcher Wortlaut würde beispielsweise chirurgische Verfahren, Massagemethoden und ähnliches sowie Erfindungen umfassen, die nur für eine Verordnung für die physische Anwendung von Medikamenten in Frage kommen.

Die Folge einer solchen Beschränkung wäre, dass Patente zur Anwendung im medizinischen Bereich grundsätzlich in der gleichen Weise behandelt werden, wie auf anderen Gebieten der Technik. Die Bestimmung in Artikel 9 Absatz 2 sollte folglich nicht dazu führen, dass die Patentierbarkeit der Erfindung durch die Art der in der Patentanmeldung enthaltenen Ansprüche bestimmt wird. Die Tatsache, dass eine bekannte Substanz in einer neuen Form angeboten wird, kann wohl nicht als entscheidend betrachtet werden, es sei denn, die neue Form als solche ist eine Erfindung; in den meisten Fällen wird die Patentierbarkeit wahrscheinlich durch die neue therapeutische Wirkung begründet, die am besten in einem Patentanspruch auf die Verwendung der Substanz oder auf ein die Substanz enthaltendes Mittel für medizinische Zwecke zum Ausdruck gebracht wird.

Eine andere Frage ist, dass ein Patent für eine besondere Anwendung einer bekannten Substanz in einer bekannten Form im allgemeinen sehr geringen Wert haben wird und dass das Erfordernis der erfinderischen Höhe wohl mit sich bringt, dass es nur sehr selten möglich sein wird, für eine neue medizinische Anwendung einer zuvor als Medikament bekannten Substanz ein Patent zu erteilen.

Es sollte dem Europäischen Patentamt freistehen, in bezug auf die Erstellung von Patenten für die Verwendung von Substanzen auf den genannten Gebieten und in anderen Bereichen eine eigene Praxis herauszubilden. Unseres Erachtens sollte dies auch für den Bereich der Diagnose gelten, in dem sich die Patentpraxis in den europäischen Ländern einheitlich entwickelt hat; diese Praxis kann im Rahmen des Europäischen Patentamtes natürlich fortgeführt und weiterentwickelt werden.

Aufgrund des oben Gesagten schlägt die dänische Delegation folgenden Wortlaut vor:

Artikel 9 Absatz 2:

- e) "Verfahren zur physischen chirurgischen oder therapeutischen Behandlung des menschlichen oder tierischen Körpers sowie Diagnostizierverfahren, die am menschlichen oder tierischen Körper angewandt werden".

Es ist die Frage gestellt worden, ob als Folge der Patentierung von Medikamenten usw. besondere Regeln zur Befreiung der Ärzteschaft von der Verantwortung für eine Patentverletzung aufgestellt werden sollten. Aus Rücksicht auf die Volksgesundheit dürfte ein Arzt, der die Anwendung eines Medikaments verschreibt, nicht dafür haftbar gemacht werden, dass er ein Medikament verschreibt, das als solches oder in seiner Anwendung möglicherweise durch ein Patent geschützt ist, wie auch Apotheker nicht dafür haften sollten, wenn sie ein Medikament in Uebereinstimmung mit einer deutlich abgefassten Verordnung eines Arztes zubereiten.

Regeln dieser Art gehören jedoch nicht in den Bereich des Uebereinkommens, sondern sollten in dem Masse, in dem die einzelnen Länder sie für erforderlich halten, durch einzelstaatliche Gesetzgebung festgelegt werden.

